



Einleitung

Einerseits

Wer sich vor Augen führt, welch grosses Engagement von allen Seiten in der Praxis für Kinder mit Beeinträchtigungen im Kanton St. Gallen geleistet wird, kann nur beeindruckt sein. Vieles läuft im Kanton St. Gallen gut.

In den letzten 30 Jahren hat sich allerdings das gesellschaftliche Umfeld verändert, zu einem wesentlichen Teil auch politisch und medial verursacht. Ein nicht unbeträchtlicher Anteil der Eltern bereiten ihre Kinder aufgrund falscher Erziehungstheorien zu wenig ernsthaft auf die Anforderungen der Schule und des Lebens vor. Dazu leiden die Kinder oft unter intensivem, unkontrolliertem Medienkonsum. Der hohe Anteil an fremdsprachigen Kindern, die aufgrund von vermeidbaren Kriegen zu uns geflüchtet sind, trägt das seine dazu bei. Dann erteilen Ärzte allzu oft schon an Kinder in schwierigen Situationen übereilig schwere psychiatrische Diagnosen, wie ADHS, ASS und Ähnliches und stigmatisieren damit die jungen Menschen schon sehr früh. Und last but not least schaffen unseriöse und ebenso unsinnige Schulreformen prekäre Verhältnisse an unseren Schulen.

Andererseits

Bis zum Ende des letzten Jahrhunderts gehörten die Schweizer Schulen und speziell auch die Sonderschulen unseres Kantons zu den besten der Welt: der freiwillige Kindergarten, die Primarschule und eine dreigliedrige Oberstufe integrierten die allermeisten Kinder und Jugendlichen selbstverständlich. Wenige gingen in Spezialschulen, die von sehr gut qualifizierten und für die jeweiligen Beeinträchtigungen spezialisierten Heilpädagoginnen und -pädagogen geführt wurden. Für die Spezialschüler konnte es belastend sein, dass sie in eine andere Schule mussten, als ihre Gleichaltrigen. In ihrer Klasse aber waren sie mit anderen beeinträchtigten Kindern unter sich und damit nicht so exponiert, wie heutige integrierte Kinder mit diversen Sonderbehandlungen, die dauernden dem entmutigenden Vergleich mit der Mehrheit der Gleichaltrigen in den integrierten Klassen ausgesetzt sind.

Ab den neunziger Jahren wurden dann in der Schweiz allmählich die unsäglichen Schulreformen der OECD am Volk vorbei durchgedrückt: die Lehrerseminare in theorielastige Pädagogische Hochschulen umgewandelt, in den Lehrerzimmern anstatt des kollegialen Miteinanders Schulleitungen eingeführt, mit dem nicht praxistauglichen Lehrplan das individualisierte Lernen und nicht zuletzt auch die überschüssende Inklusion eingeführt.

Zusätzlich dazu ist den letzten Jahrzehnten in der Sonderpädagogik die pädagogische durch die psychiatrische Betrachtungsweise zurückgedrängt worden: ADHS, ASS und andere schwerwiegende Diagnosen scheinen das Leben der Kinder und Jugendlichen zu bestimmen. Man ist eben so, wie das Etikett es beschreibt, daran könne man angeblich nichts ändern und werde mit dieser Beeinträchtigung leben müssen. Nicht nur Betroffene denken so, auch die Umwelt übernimmt die damit verknüpften Vorurteile und dann hat es die auf Offenheit, Entwicklung und Entfaltung der Kinder und Jugendlichen angelegte Pädagogik schwer. Die psychiatrische Stigmatisierung wird heute leider immer mehr zum Problem, besonders auch weil damit viele Fördergelder erst fliessen. Für verschiedene Verantwortliche werden damit einfache Erklärungs- und Entschuldigungsgründe geliefert, warum den Kindern und Jugendlichen mit pädagogischen Mitteln nicht geholfen werden könne und sie stattdessen medikamentös oder therapeutisch behandelt werden müssten.

Parallel dazu sind in der Zwischenzeit die wichtigsten Grundlagen der Pädagogik teilweise schon fast vergessen gegangen: Zentraler Erfolgsfaktor in Erziehung und Bildung sind einfühlsame und

motivierte Pädagoginnen und Pädagogen, die im Bewusstsein der humanistischen, europäischen Tradition das Beste unserer Kultur an die nächste Generation mit geeigneten Methoden in der Beziehung weitergeben.

Angesichts dieser angetönten Probleme schütteln viele besorgte Bürgerinnen und Bürger den Kopf über den Zustand unserer Kinder und Jugendlichen und unserer Schulen. Nicht ohne triftige Gründe.

Stellungnahme zu einzelnen Punkten

Im Folgenden nehmen wir der Reihe nach Stellung zu verschiedenen Punkten des Papiers.

Durch die Auswahl des *Zentrum Inklusion und Gesundheit in der Schule PHZH* für die Evaluation hat man den Bock zum Gärtner gemacht. Diese Institution arbeitet mit wissenschaftlich unhaltbaren, ideologischen Prämissen: Inklusion, Heterogenität, Individualisierung usw. sind ihr Credo.

Der Kt. SG arbeitet jedoch mit einfachen, guten Grundsätzen: „So viel Integration wie möglich, so viel Separation wie nötig.“

Ebenso: „Der verfassungsrechtliche Anspruch umfasst ein angemessenes, auf das Leben vorbereitendes Bildungsangebot von guter Qualität an öffentlichen Schulen. Ein darüber hinausgehendes Mass an individueller Betreuung, das theoretisch immer möglich wäre, kann jedoch mit Rücksicht auf das für diesen Bereich limitierte staatliche Leistungsvermögen nicht eingefordert werden.“ S. 11

Ebenso gut und wichtig ist der Abschnitt 4.4.2.f zur beruflichen Nachbetreuung. S. 21

Zum Problem: tiefe Beteiligung an der Evaluation: Die Akteure an der Front, in der Praxis, haben genug von Organisationsentwicklung und systemischen Veränderungen. Sie wissen, dass es immer und überall konkret auf ihren persönlichen Einsatz, nicht auf – evtl. sogar wohlgemeinte – Kontroll- und Steuerungsmassnahmen ankommt. S. 34

Lehrerinnen und Lehrer sind vor allem mit der Klassenführung und dem Unterricht gefordert. Wer den Lehrberuf ergreifen möchte, bringt meist eine starke Motivation für den Unterricht und für eine gute Entwicklung aller Schülerinnen und Schüler mit. Es ist aber ein qualitativ grosser Sprung, den Unterricht mit lern- und verhaltensbeeinträchtigten Kindern und Jugendlichen zu meistern und sich in sie einfühlen und sie führen zu können. Dafür braucht es bei den meisten Unterrichtenden eine grundlegendere und längere Ausbildung und Begleitung, als es im Bericht der PHZH so nebenbei S. 39 oben formuliert wird.

Gut umschrieben ist die Problematik der Übergänge. S. 41

S. 45 oben führt die PHZH aus, „dass die Erkenntnisse der Forschung seit 30 Jahren eine Bevorzugung integrativer Settings gegenüber separativen indizieren.“ Diese und weitere Behauptungen werden nicht einmal mit Belegen begründet, es handelt sich hier grösstenteils um vom Zeitgeist geprägte Annahmen, weil eben gerade Inklusion in Mode ist. Studien, die andere Ergebnisse vermuten lassen, werden an den Pädagogischen Hochschulen wohl gar nicht erst ernsthaft in Betracht gezogen. Die PHZH beschreibt salopp die Gelingensbedingungen für schulische Integration: „Erhöhung der Handlungswirksamkeit von Lehrpersonen“. Den Theoretikern mangelt es an Erfahrung und Einfühlungsvermögen, sonst würden sie die pädagogische Hauptaufgabe nicht auf einen derart nichtssagenden Begriff reduzieren. S. 45 und S. 48 unten: „Die grössten Effekte für

die Förderung aller Schülerinnen und Schüler erzielen kompetente Lehrpersonen und heilpädagogische Fachpersonen.“

Dieses grundlegende Know-how wird an den pädagogischen Hochschulen vernachlässigt, weil diese mehrheitlich von praxisfernen Professoren und Dozenten geführt werden. Das ist auch ein wesentlicher Grund des Fachkräftemangels im pädagogischen Bereich.

Pädagogisch motivierte junge Leute verlieren schon in der Ausbildung die Freude am Beruf oder scheitern dann in der Praxis, weil sie mit untauglichen Theorien überladen statt mit Praxiswissen und -können ausgestattet wurden.

Zur heilpädagogischen Früherziehung wird richtigerweise die entwicklungspsychologische Erkenntnis zitiert, „dass die ersten Lebensjahre prägend sind.“ Diese Erkenntnis wird bei der Anamnese von Verhaltensproblemen viel zu wenig in Betracht gezogen. Die modernen psychiatrischen Diagnosen orientieren sich an einer oberflächlichen Bestandsaufnahme der Symptome. Dabei ist man in der Pädagogik schon lange weiter und weiss, dass die frühe Kindheit, Bindungssicherheit mit den ersten Bezugspersonen und das Beziehungsgeschehen in der Familie und in der Schule entscheidend für die Entwicklung sind. Erfolgreiche Pädagogik baut auf den individuellen Stärken der Kinder und Jugendlichen auf, nicht auf deren Defiziten. S. 56

In den Kantonen Basel-Stadt und Zürich wehren sich Bürgerinnen und Bürger, weil ihre Kinder unter dem Integrationsdruck leiden. Und in St. Gallen? Wir werden sehen, wie sich die Diskussion um die Totalrevision des Volksschulgesetzes weiter entwickelt. S. 58 ff

Die Handlungsfelder in der Sonderpädagogik, wie sie im Kapitel 11 beschrieben werden, sind unter Vorbehalt (s. Abschliessende Bemerkungen) unterstützenswert. S. 63 ff

Abschliessende Bemerkungen

Im Gegensatz zu den ideologisch geprägten Stellungnahmen der PHZH sind die Stellungnahmen der Regierung realistischer. Behörden sind auch gegenüber den Steuerzahlern in der Pflicht.

- Vor allem ist die Stärkung der subsidiären Autonomie der Schulträger sehr wichtig und begrüssenswert.

Im Rahmen der Revision des Volksschulgesetzes schlagen wir folgende Verbesserungen vor:

- Die Grundanforderungen in der Volksschule auf das Wesentliche konzentrieren, zum Beispiel: zuerst in der Primarschule richtig Deutsch lernen und dann die Fremdsprachen in der Oberstufe.
- Förderung leistungsstarker Kinder und Jugendlicher durch Zusatzangebote.
- Ein stofforientierter Lehrplan wie im Kanton Baselland statt eines schwammigen kompetenzorientierten Lehrplan 21.
- Digitalisierung: der Gebrauch des Computers im Unterricht auf ein notwendiges Minimum beschränken. Dafür aber ein altersgerechter Informatikunterricht in grundlegend wichtigen Anforderungen der modernen Arbeitswelt.
- Statt individualisiertem, digitalisiertem Unterricht, in dem die Maschine den pädagogisch engagierten Menschen wegrationalisieren soll, ein Klassenunterricht, der die Schülerinnen und

Schüler im Gespräch aufeinander bezieht und damit das gegenseitige Verständnis füreinander fördert. Das Klassengespräch ist das Herzstück eines guten Unterrichts.

- Abbau von ideologischen Unterrichtsthemen wie Gender, Bildung für nachhaltige Entwicklung und so weiter. Die Schüler sollen zuerst richtig Lesen, Schreiben, Rechnen und andere wichtige Kulturtechniken lernen, bevor sie sich mit so umstrittenen Themen auseinandersetzen müssen.
- Im Umgang mit pädagogischen Herausforderungen: Mehr Fokus und Vertrauen auf die individuellen Stärken aller am Erziehungs- und Bildungsprozess beteiligten Akteure, speziell der Kinder und Jugendlichen, weniger Psychiatisierung und damit Stigmatisierung und mehr Einfühlungsvormögen in die Nöte der Kinder und Jugendlichen und evtl. klarere Stellungnahme bei verfehlten Haltungen und damit mehr Beziehung, menschliche Zuwendung und Hilfeleistung.

In dem Sinne wird die Revision des VSG noch viel zu diskutieren geben.

Zentrale Akteure sind immer die Lehrpersonen und heilpädagogischen Fachpersonen, d. h. die an der pädagogischen Front Tätigen. Statt sie mit praxisuntauglichen Theorien wie Steuerung, Organisationsentwicklung und systemischen Veränderungen zu überlasten, wäre es viel wichtiger, sie in der christlich-humanistischen Tradition, in personaler Pädagogik und Psychologie zu schulen, damit sie den Herausforderungen des Schulalltags besser gewachsen sein können. Die Erkenntnisse der Pädagogik und auch der Psychologie sind Grundlage für den Lehrberuf. Sie sind weitgehend verloren gegangen und müssten dringend wieder in den Vordergrund treten. Dann wird auch der Lehrberuf, einer der schönsten Berufe, wieder attraktiv!

St. Gallen, 17.2.2025